

Erklärung der medienpolitischen Sprecher der AfD-Fraktionen und der AfD-Delegation im EU-Parlament zur Neuordnung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Nicht nur die jüngsten und besonders schwerwiegenden Skandale um Machtmissbrauch, Verschwendung und Vetternwirtschaft zeigen: Der ‚nimmersatte‘ Öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Strukturreform in vier Schritten!

Korruption und Vetternwirtschaft umfassen alle Sendeanstalten:

Die aktuellen Skandale beim RBB, NDR, MDR und BR zeigen, dass es sich hierbei um keine singulären Vorfälle handelt. Es handelt sich vielmehr um systemisch bedingte Defizite in Verwaltung, Management und Kontrollorganen.

Verschwendung, Vetternwirtschaft und Korruption prägen mittlerweile den Senderkomplex, der aus sich selbst heraus nicht mehr reformierbar ist.

Zweitteuerster Rundfunk der Welt

Momentan ist der Öffentlich-rechtliche Rundfunk mit knapp 10 Mrd. Euro Gesamteinnahmen der teuerste Rundfunk nach dem der Volksrepublik China. Seit 1975 haben sich seine Einnahmen aus Zwangsbeiträgen versiebenfacht.

Abkehr vom Grundversorgungsauftrag

Vom eigentlichen Grundversorgungsauftrag haben sich die Sender immer weiter entfernt. Die Hauptsendekanäle sind verstopft mit Formaten von geringer Informationsdichte und überflüssigen Sendungen. Immer weniger Zwangsbeiträge werden hingegen für Dokumentationen und Reportagen ausgegeben. Die Berichterstattung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat sich zu einem Tendenzjournalismus entwickelt.

Missverhältnis bei den Ausgaben

Mittlerweile werden Milliarden Euro an Beitragsgelder lediglich noch für Personal und Pensionen aufgewendet. Zugleich drängen die Sender mit ihrem Onlineangebot „FUNK“ massiv ins Internet, um ihre Reichweitenverluste in der Altersklasse der 16- bis 34-Jährigen wettzumachen. Die hierfür ausgegebenen Beitragsgelder stehen in keinem sinnvollen Verhältnis zu Reichweite und Akzeptanz.



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Strukturreform dringend notwendig

Was die Alternative für Deutschland seit fast einem Jahrzehnt immer wieder am Öffentlich-rechtlichen Rundfunk kritisiert hat, wird angesichts der neuen Skandale endlich parteiübergreifend und in der gesamten Breite der Öffentlichkeit diskutiert. Die jüngsten und besonders schwerwiegenden Skandale zeigen neben den altbekannten Problemen: Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk braucht eine Strukturreform in vier Schritten!

Erster Schritt: Aufarbeitung und Untersuchungsausschüsse

Es bedarf einer gründlichen Aufarbeitung der Skandale und Vorkommnisse rund um das katastrophale Versagen auf Führungs- und Kontrollebene beim RBB sowie den mittlerweile öffentlich bekannten Problemfällen anderer Landesrundfunkanstalten.

Hierzu müssen vor allem in den Landesparlamenten von Berlin und Brandenburg Untersuchungsausschüsse eingerichtet und deren Ergebnisse zeitnah öffentlich gemacht werden.

Zweiter Schritt: Kündigung und Neuauflage der Staatsverträge

Es bedarf einer grundlegenden Reform der Staatsverträge sowie der einzelnen Rundfunkgesetze der Länder, die den Erkenntnissen der jüngsten Skandale in den Landesrundfunkanstalten Rechnung tragen.

Dritter Schritt: Reduktion des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf seine Kernaufgaben (Grundfunk-Modell) und Wegfall der Zwangsbeiträge

Es bedarf einer Kommission aus allen parlamentarisch vertretenen Parteien zur Erarbeitung eines Konzeptes, um den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf seine Kernaufgaben zurückzuführen (Enquetekommission). Wir wollen einen Abbau von Mehrfachstrukturen bei Personal, Sendetechnik und Immobilien sowie eine Streichung der Zwangsbeiträge. Zukünftig soll der Grundfunk die Grundbedürfnisse der Bevölkerung nach Regionalität, Information, Bildung und regionaler Unterhaltung erfüllen.

Vierter Schritt: Gehaltsniveau deckeln – Bezahlung nach Tarif

Statt außertariflicher Verträge und undurchsichtiger Bonuszahlungen sollen die Gehälter im Öffentlich-rechtlichen Rundfunk sich an die Tarifverträge des Öffentlichen Dienstes anlehnen.



Alternative
für
Deutschland